

Mach meinen Dealer

Gegen Dealerhetze, Rassismus und „Innere Sicherheit“

nicht an

„Sind wir zu tolerant?“ fragte der Stern in Ausgabe 28/97 und kleidete den Drang, in Sachen Repression gegen diejenigen, die vorgeblich nicht so sind wie „wir“, in Zukunft nochmal einen Gang höher zu schalten, in bedächtiges Abwägen darüber, ob das den Zuständen „da draußen“ angemessen ist.

Der Artikel selbst läßt keinen Zweifel daran aufkommen, daß an Toleranz niemand denkt und vielmehr das exekutiert werden soll, was hinter der Vorstellung von Toleranz schon immer lauert: die brutale Versicherung, selbst der Norm zu entsprechen und dazuzugehören - durch den Entzug der Gnade, die den Tolerten zuteil wird, nachdem ihre Abweichung ersteinmal festgehalten ist.

Überall wimmelt es von „einäugiger Polizei“, „lahmer Justiz“ und „laschen Urteilen“, die konformistische Revolte nimmt ihren Lauf. Was der Bürger, den „das Gefühl [beschleicht], daß der Staat seinen Bürgern immer weniger Sicherheit bietet“, so alles zu tun gedenkt, liest sich - liest sich - einmal zwischen den Zeilen - so: „Brechmittel gelten als inhuman und sind nicht erlaubt“. Gemeint ist die in Bremen publik gewordene Praxis, vermeintlichen Kokaindealern Brechmittel zu verabreichen, was in der Praxis fast ausschließlich und mit geringem Erfolg bei Schwarzafrikanern angewandt wurde.

Beispiel Nr. 1 dafür, daß es nun auch liberalen und multikulturell gesinnten BürgerInnen zu bunt werde, ist das Schanzenviertel bzw. die dortigen Dealer. Warum gerade multikulturelle Gesinnung erhalten muß, hat wohl weniger damit zu tun, daß sie sich als argumentativ wenig widerstandsfähig erweisen wird; weil auch hier, analog zur Toleranz, in der Homogenisierung der Kultur der Ausschluß schon drin steckt.

Ein deutliches Beispiel ist die im Stern (ebenfalls 28/07) ausgetragene Diskussion zwischen dem Grünen Norbert Hackbusch und seiner 14-jährigen Tochter, in dem jener bei dem Versuch, dieser ihre durchaus autoritären und rassistischen Durchgreif-Parolen auszutreiben, unter dauerndem „Ich verstehe Dich ja“ damit kommt, daß „das eine ganze Mafia-Struktur ist, die dahintersteckt“. So so. Der Vorwurf ist nicht zuletzt, daß die Dealer ziemlich frech seien und er sie nur in Schutz nehme. Die Entgegnung bestätigt nur, wogegen sie angehen will. Sie lautet: „Nein. Trotzdem sind sie vielleicht frech, weil sie fit sein mußten. Die haben sich von irgendeinem Dorf in Afrika bis hierher durchgeschlagen“. Andere Länder, andere Sitten, läßt sich da wohl nur sagen, und Flüchtlinge sind ein ganz besonderes Völkchen. Mal ganz davon abgesehen, daß selbst der Vorwurf, „kackfrech“ zu sein, schon selektive Wahrnehmung ist. Jede Werbeunterbrechung im Fernsehen ist aufdringlicher, ebenso die meisten VerkäuferInnen von Obdachlosenzeitungen oder neonfarbenen Leucht-gimmicks am Rande jeder beliebigen Kirmes. Und das die Anbieter illegalisierter Waren sich nicht mit einem Preisschild um den Hals in die Ecke setzen können, zumal unter solchen Bedingungen, sondern unauffälliger auf sich aufmerksam machen müssen, ist klar. Wenn das eigentliche Problem den DealerhitzerInnen aber sowieso das unbekannte anonyme Dahinter ist (immerhin wissen alle darüber Bescheid, daß die Dealer nur von einer weitaus mächtigeren, international organisierten Struktur geschickt sein können) ist dies selbstverständlich kein Argument.

Unter solchen Bedingungen verkehrt sich selbst das an sich wenigstens noch liberale Argument gegen die Forderung nach Abschiebung straffällig gewordener Nichtdeutscher in sein Gegenteil. Hackbusch: „Ich schiebe das deutsche Schwein, das es

ja auch gibt, genausowenig sonstwohin.“

Relativ unabhängig von all dem ist der Grund dafür, daß die Aktionen der Schanzenviertel-BürgerInneninitiative zum Smash-Hit auf dem Sommersampler „Innere Sicherheit“ avancierte, wohl darin zu suchen, daß das Ressintement gegen Dealer seine rassistische Schlagseite nicht verbergen kann - und es auch gar nicht mehr versucht. Was fehlt, ist also das Einverständnis derjenigen, die es ja eigentlich gut mit „denen da“ meinen. Ein Problem, daß auch die AktivistInnen des „Holen wir uns den Park zurück“-Festes durchaus umtreibt. Immerhin bringt Antwort die relativ zwangsläufige Frage „Von wem?“ das eindeutige „Ausländer raus!“-Programm zum Vorschein.

Ein Bündnisangebot des Mobs, das die Elite wirklich nicht ausschlagen sollte. Daß sie dies auch nicht zu tun gedenkt, beweist zum Beispiel die Morgenpost vom 14.7. Die Titelschlagzeile lautet: „Ausländer-Wut auf Ausländer: ‚Kriminelle raus!‘“. Gemeint ist die von „Deutschen und Schwarzen“ (die einen sind halt deutsch, die anderen schwarz) vom Verein für Menschenrechte veranstaltete Aktion, bei der darauf hingewiesen werden soll, daß die Gleichung „Schwarzafrikaner gleich Drogendealer“ falsch ist. Zitiert wird einer der Veranstalter: „Indem die Politik den Drogenhandel am Schanzenviertel sanktioniert, fügt sie Tausenden von friedlich in Hamburg lebenden Schwarzafrikanern großen Schaden zu.“ Nun käme niemand auf die Idee, alle Deutschen für Dealer zu halten, nur weil es solche gibt. Gerade indem mit Verweis auf die „guten“ AusländerInnen der Rassismusbegriff entkräftet werden soll, zeigt sich, daß die rassistische Aufteilung in „wir“ und „die“, die Selbstversicherung, dem vermeintlich privilegierten Kollektiv anzugehören, dessen Wohlergehen durch den bösen Willen von „denen“ gefährdet ist, eine dem konkreten Vorwurf vorgeordnete Wahrnehmung ist. Mit anderen Worten: Den RassistInnen wird immer etwas einfallen, warum „die Anderen“ Unheil bringen. Da bringt es auch wenig, darauf zu verweisen, daß nicht Vertreibung, sondern Legalisierung aller Drogen das Problem löse. Zwar ist die Legalisierung aller Drogen unbedingt zu erledigen, allerdings nicht, um „das Problem“ der RassistInnen zu lösen, auf daß sie sich neue Opfer suchen, sondern damit die KonsumentInnen der Drogen nicht mehr unter den Schwarzmarktbedingungen zu leiden haben.

Die Besonderheiten des Drogenhandels

Bei all dem erweist sich dann auch das zielbewußte Bescheidwissen über das, was Dealer so machen, schon bei oberflächlichem Hinschauen sehr schnell als bloße Projektion der Bescheidwissen. Nicht die illegalen Bedingungen sollen es sein, die DrogennutzerInnen zu schaffen machen und sie bisweilen sogar in die Verelendung treiben, sondern der Stoff. Und weil das nun jeder weiß, müssen diejenigen, die damit handeln, wohl vom Teufel geschickt sein. „Das sind persönlich Schweine.“, wie Hackbusch es ausdrückt, die Süchtige, die gar nicht anders können, „mit dem Lächeln im Gesicht“ (Tic Tac Toe) abzocken.

Zuallererst zeigt sich, daß Drogendealer in der Regel verkaufen, um den Eigenbedarf zu decken. Warum das bei schwarzafrikanischen Dealern anders sein soll, leuchtet erst einmal nicht ein. Höchstens sind sie als Marginalisierte ohne Arbeitserlaubnis auf illegale Beschäftigung verwiesen, und da erweist sich das Verkaufen von illegalen Substanzen als einigermassen einträglich. Immerhin handelt es sich um gesellschaftlich notwendige Arbeit, wo sollen die BenutzerInnen unter kapitalistischen Bedingungen ihre

Drogen sonst herbekommen als vom Händler. Mit Brötchen ist das ja auch nicht anders. Freiwillig erledigt die gefährliche Straßendeckerei niemand.

Mal ganz davon abgesehen, daß auch DrogenkonsumentInnen nicht weniger rassistisch sind als der Rest der Bevölkerung und so die den Schwarzmarktbedingungen zuzuschreibenden Gefahren wie gestreckte Ware etc. erst einmal „den Anderen“ zuschieben.

Von ominösen Drogenkartellen eigens geschickt, um unschuldige Kinder aus dem Schanzenviertel süchtig zu machen, sind sie deswegen aber noch lange nicht. Das ist wohl ungefähr so wahrscheinlich wie eine Weltverschwörung der Zeugen Jehovas. Alleine schon aus dem Grund, weil die Vorstellung vom Stoff, der willenlos mache und die BenutzerInnen den HändlerInnen ausliefern, blanker Unfug ist. Kein Mensch nimmt Drogen, ohne nicht eine der damit verbundenen Wirkungen erzielen zu wollen. Genausowenig sind Drogis Kranke, die geheilt werden müssen, auch wenn die Durchsetzung dieser Vorstellung ursprünglich mal eine SozialarbeiterInnenstrategie war, damit Krankenkassen für den Entzug aufkommen (remember: Therapie statt/als Strafe). Auch sind Aufbau und Unterhaltung einer großen Organisation, wie sie in der Legalwirtschaft üblich ist, kaum durchzuführen, wenn z.B. die Garantie, daß abgeschlossene Verträge eingehalten werden, nicht gegeben ist. Ein Wesensmerkmal jedes illegalen Markts.¹

Zu tolerant wäre es sicherlich, den munter pathisch Projizierenden nicht wenigstens den Spiegel vorzuhalten, auf daß ihnen schlecht wird.

„Law an order is a labour issue“ - The Schröder-Mix
Zweifelsfrei am besten bietet sich dafür momentan DJ Schröder an. Vom Focus in Ausgabe 33/97 zu seinen Auslassungen bezüglich Innerer Sicherheit befragt, stellt er, in Übereinstimmung mit der Hamburger SPD, fest: „Es war das Ziel [seiner ‚Angriffe gegen Ausländer‘, eine Focus-Formulierung, gegen die er sich nicht wehrt, obwohl er im Rest des Interviews jeder Frage erst einmal umdreht] deutlich zu machen, daß es ein klassisch sozialdemokratisches Thema ist, Sicherheit zu garantieren. Denn nur diejenigen die reich sind, können sich Sicherheit kaufen.“ (S. 31) Durch den Mix des sozialdemokratischen Standard-Samples „soziale Sicherheit“ mit dem raunenden ungroovy Sound der „Inneren Sicherheit“ unter dem Label „Sicherheit“ enthüllt sich die Wahrheit der konformistischen Revolte der totalen StaatsbürgerInnen, wie sie sich schon im großen „I“ des „Innere“ andeutet: Der Mißerfolg des „Standorts Deutschland“ kann nicht an dessen innerstem Prinzip, dessen Konstitutionsbedingungen liegen, die als Inbegriff kapitalistischer Verwertung und Rationalität Wohlergehen aller unter ihr vereinzelt Einzelnen nunmal nicht erlauben, sondern muß von außen kommen. Wenn die Abweisung bzw. Abschiebung von zigtausend AsylbewerberInnen und das Totschlagen derjenigen, die trotzdem noch da sind, nicht zum vorgegebenen Erfolg geführt

1) An dieser Stelle sei auf die hier angekündigte Veranstaltung hingewiesen, auf der diese Punkte weiter ausgeführt werden. Außerdem auf die Flugblätter „Jedes Kind eine Zeitbombe“ und „Dealer, anständige Bürger und das dirty work“ verwiesen. Zu bestellen bei: JD/LJ, Chausseest. 8, 10115 Berlin, Tel.: 030/ 28599376

haben, gelten Argumente wie diejenigen, daß AusländerInnen Arbeitsplätze wegnehmen, nicht etwa als widerlegt.

Indem der alles verursachende Feind noch weiter exterritorialisiert wird, entschwindet er vollständig in nebulösen Andeutungen und Wahnvorstellungen, wie etwa die Drogenmafia eine darstellt. Gleiches gilt aber zum Beispiel auch für Scientology, denen vorgeworfen wird, was die Pflicht jedes Kapitalisten ist: hemmungslos Profit zu machen, um den Markt zu beherrschen. Hätte diese Vorstellung irgendwie Hand und Fuß, wäre das wohl bestenfalls ein Fall für die Kartellbehörden, nicht für den Verfassungsschutz.

Gleichzeitig verdinglichen sich damit, als andere Seite der Medaille, die Beziehungen der zum immer größeren Teil nicht mehr einsatzfähigen Arbeitskraftbehälter, ihr sie zu Anhängseln des sie vergesellschaftenden Prinzips, der Verwertung des Werts, stempelndes StaatsbürgerInnen-dasein, zur schicksalhaften Gemeinschaft, die immer und ewig gegen alles Übel der Welt zusammenhalten muß: zum Volk. Die Sicherheit, da noch zugehören, soll mit der Praxis, sich permanent allem und vor allem allen gegenüber wehrhaft zu erweisen, erworben werden.

Die allgemeinen Bedingungen dafür zu sichern, den autoritären Staat nämlich, der als Gesellschaftsplaner diesen bedingungslosen Gehorsam fordert, hat sich Schröder zur Aufgabe gemacht, wenn er sich zum starken Mann der Machtlosen stilisiert, den diese sich zweifellos sehnlichst wünschen. Der Focus weiß das zu würdigen, auch wenn er die Rolle eher jemand anderem zugedacht hat, und so immer

wieder skeptisch nachfragt, ob das auch alles so gemeint sei. Auf dem Titelbild von Ausgabe 31/97 wird den BetrachterInnen von einem verschwommen im Hintergrund stehenden schwarzen Schatten eine bedrohlich scharf fotografierte Knarre direkt ins Gesicht gehalten, nebst der Beschriftung „Gefährliche Ausländer?“. Ein Fragezeichen übrigens, welches die erste Seite der Titelgeschichte direkt wieder zu streichen mußte, denn dort hieß es: „Verbrecher im Visier“. Die Lösung verspricht zwei Wochen später in jener Ausgabe mit dem Interview Schröder. Auf einer Doppelseite ist er links glasklar vor einer verschwommenen Zielscheibe für Bogenschützen zu sehen, rechts zielt er kühl. Mit Pfeil und Bogen. Worauf, ist der Phantasie der LeserInnen überlassen.

Nur diejenigen, die es schon immer wollten, nehmen es ihm übel. So jammert das Landesvorstandsmitglied der STATT Partei Niedersachsen in einem Leserbrief an den Focus (33/97): „CDU und STATT Partei in Niedersachsen fordern seit langem, daß verurteilte ausländische Straftäter in Gefängnissen ihres Heimatlandes ihre Strafe verbüßen sollen. Schröder hat dies stets abgelehnt. Jetzt läßt er sich als Hardliner feiern.“

Mit Hardlinern wiederum hat die Morgenpost Erfahrung. Im Rahmen der Spekulationen um die Kabinettsumbildung kommentiert Ulrich Rosenbaum am 11.8.97 in Bezug auf Kohls Personalprobleme: „Innenminister Kanther, den er als ‚Hardliner‘ holte, hat sich als ‚Weichei‘ erwiesen.“ Na wenn das so ist ...

**Veranstaltung zu diesem Thema im
Schanzenpark:**

Mittwoch, 3.9.97, 19.00 Uhr
**(bei den Holzhütten auf der großen Wiese vor dem
Wasserturm, Nähe Ausgang U3. Bei schlechtem Wetter in
der Roten Flora.)**

**Gruppe Ratio Rausch Revolution
und
Bundesarbeitskreis Drogen der
JungdemokratInnen/Jungen Linken**

V.i.s.d.p.: EFach, PF 306237, 20328 Hamburg